

QuarkXPress

Zahlen sind mindestens so geduldig wie Papier. Und selbst wenn Winston Churchill den berühmten Satz über selbst gefälschte Statistiken nie gesagt hat, ist Skepsis angebracht. Denn auch heute wird häufig mit kruden Datenspielen Politik gemacht. Zehn populäre Milchmädchenrechnungen – und wie sie mit der Wirklichkeit korrespondieren.

// TEXT // **WALTER KRÄMER** // ILLUSTRATION // **ERNST MERHEIM**

Fangen wir mal mit dem Bundespräsidenten an. Anlässlich eines Treffens mit den Staatsoberhäuptern Italiens und Polens sagte Gauck unter anderem (vermutlich als Höflichkeitsgeste den polnischen Teilnehmern gegenüber):

„Polen sind fleißiger als Deutsche“.

Laut OECD-Statistik leisten Polinnen und Polen tatsächlich pro Jahr im Durchschnitt 1.937 Stunden Erwerbsarbeit, die Deutschen dagegen nur 1.413 Stunden. Aber diese Statistik erfasst nur Personen, die auch tatsächlich einer Erwerbsarbeit nachgehen. Das waren etwa im Jahr 2011 in Deutschland 76 Prozent, in Polen jedoch nur 65 Prozent aller Bürger im Alter zwischen 20 und 64 Jahren. Insbesondere gehen in Deutschland viel mehr Menschen als in Polen einer Teilzeitarbeit nach, bringen also nur wenige Stunden pro Woche in diese Statistik ein. Würde man also nur die Vollzeitbeschäftigten vergleichen oder die geleisteten Arbeitsstunden durch alle Bürger im erwerbsfähigen Alter teilen, ergäbe sich ein völlig neues Bild.

Eine nie versiegende Quelle von Milchmädchenrechnungen ist auch unser Gesundheitswesen. Hier entstehen und verschwinden mehr als zehn Prozent unseres Sozialprodukts. Also sollte man erwarten,

dass hier besonders hohe Anforderungen an Rationalität und kühles Nachdenken bestehen. In Wahrheit ist genau das Gegenteil der Fall. Das beginnt mit dem Klassiker aller Klassiker:

Man könnte durch mehr Prävention das Gesundheitswesen preiswerter gestalten.

Aber auch Nichtraucher müssen sterben, genau wie Müslifreunde oder Antialkoholiker, und eine per Prävention verhinderte Krankheit macht uns leider nicht unsterblich, wie viele Präventionsverliebte offenbar zu glauben scheinen, sondern in erster Linie doch nur Platz für eine andere.

Ob also die erfolgreiche Prävention einer bestimmten Krankheit das Gesundheitsbudget als Ganzes entlastet oder nicht, hängt davon ab, was billiger ist: die verhinderte Krankheit oder die, die man stattdessen kriegt. Und da kenne ich einige sehr seriöse Modellrechnungen, die bezüglich des rein ökonomischen Nutzens von noch mehr Prävention zu eher skeptischen Ergebnissen gelangen.

Genauso wenig ist die Kostenexplosion im Gesundheitswesen eine Folge steigender Preise (und ließe sich damit, wie manche glauben, durch einen Preisstopp bremsen). Die reinen Preise von Gesundheitsgütern steigen eher geringer als die Preise anderer

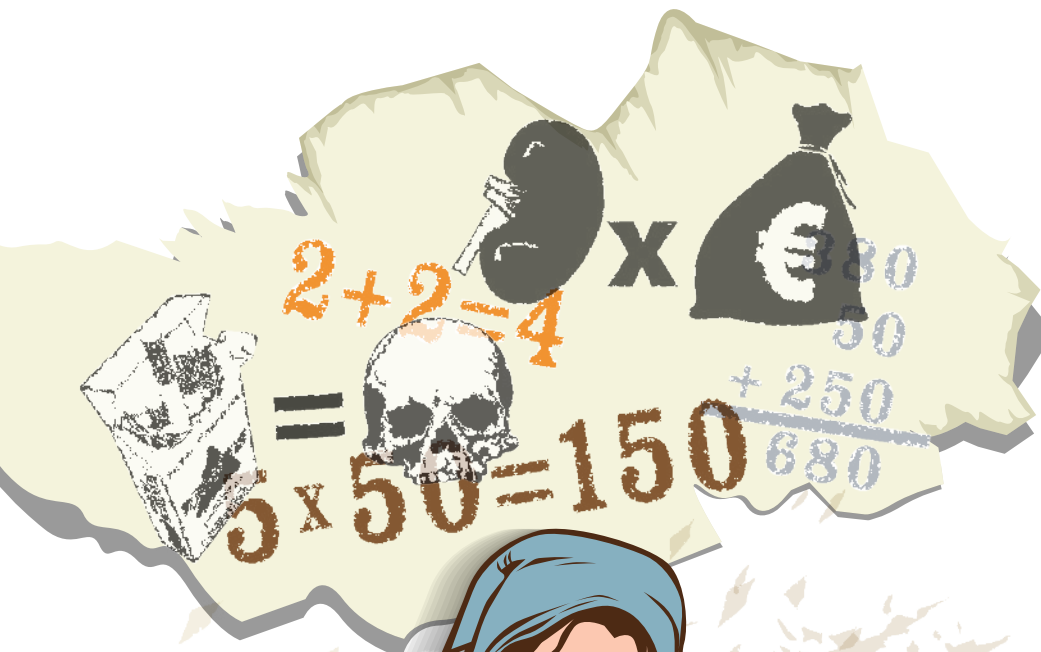
Güter. Die dennoch unübersehbare Ausweitung der Gesamtausgaben ist eine Folge steigender Mengen.

Dritte, und letzte Milchmädchenrechnung aus dem Gesundheitsbereich:

Mehr Geld für die Gesundheit macht uns gesünder. Auch hier ist das Gegenteil der Fall. Nehmen wir Nierenversagen. Wir haben in Deutschland mit die höchsten Raten an Nierenkranken in der ganzen Welt, aber doch nicht, weil unsere Medizin so schlecht ist, sondern weil sie so gut ist. Hätten wir nicht die weltweit vorbildlichen Möglichkeiten der künstlichen Blutwäsche für alle, die sie benötigen, gäbe es heute bei uns sehr viele Nierenkranke weniger. In England beispielsweise gibt es nur rund 500 Nierenkranke pro eine Million Einwohner, verglichen mit mehr als 1.000 in der Bundesrepublik. Aber nicht, weil in England diese Krankheit seltener auftritt, sondern weil dort – allen Fortschritten der letzten Jahre zum Trotz – immer noch kaum ein Nierenkranker seinen 60. Geburtstag überlebt.

Gehen wir über zur Sozialpolitik und zu Milchmädchenrechnung Nr. 5: Studiengebühren sind unsozial.

Schon wieder gilt in Wahrheit das Gegenteil. Die Abwesenheit von Studiengebühren ist



unsozial. Im aktuellen System zahlt die untere Hälfte der bundesdeutschen Einkommenspyramide über ihre Steuern mehr in den universitären Bildungstopf hinein, als sie durch die „kostenlose“ Erziehung ihrer Söhne und Töchter wieder herausbekommt. Und in manchen „teuren“ Studiengängen wie etwa der Medizin, mit gesamten aus öffentlichen Mitteln finanzierten Kosten von fast 100.000 Euro pro Student, sitzen fast nur Kinder reicher Eltern auf den Hörsaalbänken. Bezahlen aber müssen alle, auch jene Familien, die kein Kind auf eine Universität schicken. Diese sind die mit Abstand größten Nettozahler unserer sogenannten „freien“ Hochschulbildung, die die Allgemeinheit zusammen mit Bafög, Studentenkindergeld und öffentlichen Zuschüssen zu Wohnheimen jährlich rund 50 Milliarden Euro kostet. Von diesen 50 Milliarden Euro kommt rund die Hälfte aus der Kasse von Haushalten, die nicht den geringsten direkten Nutzen davon haben, hatten oder haben werden.

Milchmädchenrechnung Nr. 6: Mieterschutz schützt den Mieter.

Um eine Stadt dem Erdboden gleichzumachen, gibt es laut Wirtschaftsnobelpreisträger Gunnar Myrdal (ein bekennender Sozialist) zwei Möglichkeiten: eine Atombombe



draufzuwerfen oder die Mieten einzufrieren. Ich habe schon in manchen Ländern dieser Welt zur Miete gewohnt - in Deutschland, Österreich, England, Frankreich, den USA, Australien und Kanada. Am schwierigsten zu finden und am teuersten zu bezahlen waren die Wohnungen da, wo man die Mieter am konsequentesten „beschützt“: in Deutschland, Frankreich und in Österreich. Am leichtesten zu finden und am preiswertesten waren die Wohnungen dort, wo man das Wort „Mieterschutz“ nicht kennt, in den USA, Australien und Kanada.

Milchmädchenrechnung Nr. 7: Den Arbeitgeberbeitrag zahlt der Arbeitgeber

Den nur in Deutschland sogenannten „Arbeitgeberbeitrag“ zur Kranken- und Rentenversicherung zahlt der Arbeitnehmer selbst, ebenso wie er seine Steuern, Mieten, Zinsen, Hypotheken oder Pachten selbst zahlt. Denn sie sind Kosten der Arbeit, also das, was der Arbeitgeber für den Arbeitnehmer zahlt. Für ihn gilt: Aufwand = Bruttolohn zuzüglich „Arbeitgeberbeiträge“. Welche Etiketten man den Komponenten dieses Aufwands aufklebt, ist dem Arbeitgeber gleich.

Warum taufen wir nicht die kompletten Sozialbeiträge in „Arbeitgeberbeitrag“ um? Dann wäre - Hokuspokus Fidibus - die Sozialversicherung für die Versicherten umsonst! Denn nach herkömmlicher Sicht hätten wir jetzt einen Arbeitnehmeranteil von null Prozent!

Letztes Thema. Armut und Ungleichheit. Fangen wir an mit Milchmädchenrechnung Nr. 8: Frauen verdienen weniger als Männer.

Auch wenn Bundesministerin von der Leyen im Bundestag das Gegenteil behauptet: die unbestritten niedrigeren Verdienste von Frauen - im Durchschnitt sind es 23 Prozent weniger - müssen keine Konsequenz von Diskriminierung sein. Anders nämlich als Frau von der Leyen meint, erhalten Frauen „für die gleiche Arbeit“ gerade nicht nur 77

Prozent des Einkommens von Männern. Sie verdienen zwar weniger, aber nicht für die gleiche Arbeit. So gehen Frauen häufiger einer Teilzeitbeschäftigung nach und arbeiten im Vergleich zu Männern häufiger im Dienstleistungssektor und seltener im verarbeitenden Gewerbe, wo die Gehälter höher sind.

Eine weitere Milchmädchenrechnung ist die Theorie wohlmeinender sogenannter „Dependenztheoretiker“, die Armut in der Dritten Welt sei eine Folge ihrer Ausbeutung durch den reichen Westen.

Hier verkennt man gleichermaßen triviale wie zentrale Erkenntnisse: Freiwilliger Handel nützt allen Beteiligten, sonst fände er nicht statt. Folgerichtig gehören die ehemaligen Armenhäuser mit den intensivsten Handelskontakten wie Taiwan, Südkorea oder Singapur heute zu den reichsten Ländern dieser Erde. Die sich dem Handel mit dem Westen verweigern, wie Nordkorea oder Kuba, bleiben weiter arm.

Die zehnte, letzte, und für mich ärgerlichste Milchmädchenrechnung:

Sie betrifft die Armut in der Bundesrepublik. Die will nämlich trotz beispiellosen Wirtschaftswachstums nicht verschwinden. Aber nur deshalb, weil sie so definiert ist, dass sie

rein logisch nicht verschwinden kann. Denn für den Deutschen Gewerkschaftsbund ist jeder elfte Bundesbürger - und jedes fünfte Kind in Deutschland - arm. Aber nicht, weil sie nichts zu essen oder anzuziehen hätten, sondern weil der DGB es so bestimmt.

Nach den Maßstäben der Vereinten Nationen gilt als arm, wer weniger als einen Dollar täglich zum Überleben zur Verfügung hat. Damit ist in Deutschland niemand, weltweit aber jeder Fünfte arm.

Der DGB, dem auch die Bundesregierung in ihren Armutsberichten folgt, definiert jene als arm, die weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung haben. Nach dieser Berechnungsweise ist Armut praktisch niemals auszurotten. Auch wenn der Sultan von Brunei das Einkommen aller Bundesbürger real verdoppeln würde: der Anteil derjenigen, die weniger haben als 60 Prozent des Durchschnitts, bliebe der gleiche wie zuvor.

Hier mein Radikalvorschlag zur Beseitigung der Armut in Deutschland: Wir nehmen den Reichen ihre Mehrverdienste weg, dann haben alle das Gleiche und die Armut ist verschwunden. ●



WALTER KRÄMER ist Professor für Wirtschafts- und Sozialstatistik an der TU Dortmund. In seinem aktuellen Buch „Die Angst der Woche“ geht er modischen Fehleinschätzungen von Risiken für Leib und Leben nach.
redaktion@libmag.de

